

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Albrecht Glaser, Tobias Peterka, Thomas Seitz,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/14066 –

Wahlrechtsreform jetzt – Bundestag auf eine definitive Mandatszahl verkleinern

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert das stetige Anwachsen der Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Trotz seit Jahren erhobener Forderungen nach Verkleinerung und zahlreicher Reformbemühungen des jetzigen und vormaligen Bundestagspräsidenten sei kein Kompromiss zur wirksamen Begrenzung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag erreicht worden. Das bei einer kommenden Bundestagswahl zu erwartende weitere Anwachsen des Deutschen Bundestages sei Wählern und Steuerzahlern nicht zuzumuten.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bei Beibehaltung der derzeitigen Wahlkreise und des personalisierten Verhältniswahlrechts insbesondere die Größe des Deutschen Bundestages auf höchstens 598 Abgeordnete begrenzt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14066 abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2019

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Philipp Amthor
Berichterstatter

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Stephan Thomae
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Britta Habelmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Philipp Amthor, Mahmut Özdemir (Duisburg), Dr. Christian Wirth, Stephan Thomae, Petra Pau und Britta Haßelmann**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/14066** wurde in der 118. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2019 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat in seiner 26. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14066 empfohlen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 71. Sitzung am 13. November 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14066 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14066 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 13. November 2019

Philipp Amthor
Berichtersteller

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichtersteller

Dr. Christian Wirth
Berichtersteller

Stephan Thomae
Berichtersteller

Petra Pau
Berichterstellerin

Britta Haßelmann
Berichterstellerin

